

Die Einheit der afghanischen Widerstandsgruppen wurde durch Errichtung einer zentralen militärischen Führung durch die Islamische Allianz der afghanischen Mudschaheddin i.J. 1983 gestärkt - auch wenn dieses Oberkommando noch bei weitem nicht alle Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Guerillagruppen hat ausräumen können.

China hat den bedingungslosen Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan zu einer der drei Voraussetzungen für eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen erhoben; doch leider denke die Sowjetunion trotz ihrer "katastrophalen Niederlagen" seit fünf Jahren nicht an Rückzug. Sie halte an ihrer "Strategie" fest, sich über Afghanistan einen südlichen Zugang zum Persischen Golf zu verschaffen. Alle "politischen Lösungen", die in jüngster Zeit von Moskau zur Diskussion gestellt wurden, seien nichts als "leere Phrasen", solange die Truppen nicht abgezogen würden.

Die drei Bedingungen beruhen auf zwei Prämissen, nämlich daß die Sowjetunion erstens ihre Abkehr vom "Hegemonismus" nicht durch Worte, sondern durch Taten beweisen müsse, und zweitens auf der Tatsache, daß alle drei "Fälle" mit Gebieten zu tun haben, die unmittelbar an China angrenzen. So betont die Volkszeitung (RMRB, 27.12.82) wörtlich: "Afghanistan ist ein Nachbarland Chinas. Die sowjetische Invasion und Massierung ihrer Truppen an der afghanisch-chinesischen Grenze stellen auch eine ernste Bedrohung für die Sicherheit Chinas dar..."

Es gebe nur einen korrekten Weg zur Lösung der Afghanistan-Frage, nämlich die vier in der UNO-Resolution seit 1980 Jahr für Jahr wiederholten Prinzipien, die auch China teile: Alle sowjetischen Truppen müssen bedingungslos aus Afghanistan abziehen. Die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Blockfreiheit Afghanistans müssen wiederhergestellt werden; das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung muß respektiert werden, und es muß den afghanischen Flüchtlingen gestattet werden, ehrenvoll in ihre Heimat zurückzukehren.

China wirft den Sowjets Kriegsverbrechen an der Bevölkerung vor, die mit den "Nazigreueln", wie sie bei den Nürnberger Prozessen ans Licht gekommen seien, verglichen werden könnten: Ganze Dörfer würden ausgelöscht und die Bevölkerung grausam verfolgt. Gegen die Stadt Herat z.B. seien im April und Mai 1983 täglich verheerende Terrorangriffe aus der Luft durch-

geführt worden. Dies aber erhöhe den Willen zum Widerstand (RMRB, 17.12.83).

Zunehmende Grausamkeit lasse darauf schließen, daß die Okkupanten immer mehr von Furcht befallen seien und daß die sowjetischen Aggressoren selbst fühlten, daß sie immer tiefer im Sumpf versinken. Anfang März 1983 wurde sogar die sowjetische Botschaft in Kabul mit Raketen angegriffen (XNA, 2.3.83).

Da die Sowjetunion sich so beharrlich weigere, den vier Punkten der UNO-Resolution nachzukommen, hätten auch die bisherigen vier Runden der "indirekten Gespräche" zwischen Pakistan und dem sowjetgestützten Regime in Kabul zu keinem Ergebnis führen können (XNA, 24.8.84).

In jüngster Zeit hat sich China mit einer Behauptung der IASS vom 14. August auseinandergesetzt, daß China in Xinjiang afghanische Widerstandskräfte ausbilde und das ausgebildete Personal sodann nach Afghanistan schicke. Diese Behauptung diene lediglich der Entschuldigung der eigenen Präsenz in Afghanistan (XNA, 23.8.84).

Im Juli 1984 wurde in Kabul eine des "Maoismus" beschuldigte Parteiorganisation aufgelöst, nämlich die Paykar-Partei (zur Vorgeschichte Radio Kabul in SWB, 7.2.84 und 17.7.84). Neben der Paykar gebe es noch andere "maoistische Banden", die u.a. auch von den USA gefördert würden.

Kabul beschuldigt die Chinesen neuerdings, systematisch Waffen zu liefern, u.a. Dummgeschosse (Radio Kabul in SWB, 3.8.84).

In jüngster Zeit wirft China den Sowjets militärische Übergriffe auf pakistisches Gebiet vor. Die "afghanischen Behörden" hätten seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan zusammen mit ihren sowjetischen Spießgesellen über 400 militärische Provokationen aller Art gegen Pakistan begangen - neuerdings sogar durch Bombardierung von pakistanschen Grenzdörfern und -städten (RMRB, 18.8.84) - dies sei ein schöner Dank, nachdem Pakistan über eine Million Flüchtlinge aufgenommen habe (weitere Afghanistan-Berichte in C.a., Januar 1980, Ü 12, Februar 1980, Ü 3, 4 und 5, März 1980, Ü 15, April 1980, Ü 4, Mai 1980, Ü 8, August 1980, Ü 5 und November 1980, Ü 10; April 1981, Ü 6, Juli 1981, Ü 5 und Januar 1982, Ü 2). -we-

Asien

*
*

*(3)

China und Indien schließen Handelsabkommen

Die Regierungen beider Länder haben ein Handelsabkommen mit einer Laufzeit von drei Jahren unterzeichnet. Es ist das erste Handelsabkommen zwischen beiden Staaten seit dem Grenzkrieg von 1962 und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen 1976. Die Unterzeichnung erfolgte in Beijing. Beide Staaten gewähren sich gegenseitig die Meistbegünstigungsklausel. China soll hauptsächlich Getreide, Speiseöl, Metalle und Erzeugnisse der Leichtindustrie an Indien liefern. Indien exportiert in die Volksrepublik Erze, Maschinen und Produkte der Chemie- und Stahlindustrie. Der bilaterale Handel erreichte 1983 ein Volumen von ca. 60 Mio. US\$.

Da der Warenaustausch zwischen beiden Ländern in fünf Jahren bis auf rund 1 Mrd. US\$ jährlich steigen könnte, sprach der indische Delegationsleiter, Abid Hussein, von einem bedeutenden Durchbruch. Das Handelsabkommen öffne die "Handelsschleusen zwischen den beiden asiatischen Giganten". Der Durchbruch im Rahmen der allgemeinen Beziehungen zeige sich auch daran, daß der Vertrag die erste formelle Vereinbarung beider Staaten seit dem Jahre 1954 sei. Beide Staaten hatten erst 1977 den Warenaustausch wieder aufgenommen. (NZZ, 18.8.84) -lou-

*(3a)

Außenministerium der VR China protestiert in Seoul gegen die Freilassung von 6 Luftpiraten

Das Außenministerium der Volksrepublik China hat am 14. August bei den südkoreanischen Behörden gegen die Freilassung von 6 Luftpiraten, die am 5. Mai 1983 eine CAAC-Verkehrsmaschine auf dem Flug von Shenyang nach Shanghai nach Südkorea entführt hatten, "energischen Protest" eingelegt (RMRB, 15.8.84; siehe auch C.a., Mai 1983, Ü 5 und 6). Die 6 Luftpiraten waren am Vortag vorzeitig aus südkoreanischer Haft entlassen und nach Taiwan ausgeflogen worden, wo sie u.a. von Staatspräsident Jiang Jinguo empfangen wurden. Die Flugzeugentführer waren am 18. August 1983 vom Seouler Strafgericht zu Haftstrafen zwischen 4 und 6 Jahren verurteilt worden (C.a., August 1983, Ü 5). Diese Urteile waren noch am 22. Mai 1984 vom Obersten Gerichtshof der Republik Korea bestätigt worden (FEER, 7.6.84, S.38). Zu der vorzeitigen

Entlassung der Luftpiraten erklärte ein Sprecher des südkoreanischen Justizministeriums, daß sein Ministerium die Gefängnisstrafen aufgehoben habe, da die Flugzeugentführer ihre Straftaten vollständig bereuten und da es von verschiedenen Kreisen "aufrichtige Appelle" für ihre Freilassung gegeben habe. Da die Luftpiraten nicht auf legale Weise nach Südkorea eingereist seien, habe sich sein Ministerium gleichzeitig entschlossen, die Begnadigten ins Ausland abzuschicken und dabei "im Geist der Humanität" ihre freie Wahl des Bestimmungsortes zu berücksichtigen (Radio Seoul, 13.8.84, nach MD, 14.8.84).

Das Außenministerium der Volksrepublik China protestierte gegen die Freilassung. Die Protesterklärung des Beijinger Außenministeriums vom 14. August 1984 hat folgenden Wortlaut: "Am 13. August haben die südkoreanischen Behörden die 'Aufhebung der Urteile' und die 'Ausweisung' von Zhuo Changren und 5 anderen Verbrechern bekanntgegeben, die im vergangenen Jahr die CAAC-Verkehrsmaschine Nr. 296 entführt hatten. Am selben Tag wurden sie nach Taiwan geschickt. Wie jedermann weiß, ist Flugzeugentführung ein schweres Verbrechen, das die Sicherheit der internationalen Luftfahrt gefährdet und das gemäß den Bestimmungen der einschlägigen internationalen Konventionen schwer bestraft werden muß. Anstatt das zu tun, haben die südkoreanischen Behörden jedoch dem Druck der taiwanesischen Behörden immer weiter nachgegeben und die 6 Verbrecher vor Ablauf ihrer Strafen freigelassen und es ihnen somit ermöglicht, ungeschoren davonzukommen. Die südkoreanischen Behörden haben damit gegen die Bestimmungen der einschlägigen internationalen Konventionen verstoßen und Nachsicht gegenüber der Gefährdung der Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt geübt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk sind mit dieser Handlungsweise nicht einverstanden, äußern ihre Entrüstung und bringen ihren energischen Protest dagegen zum Ausdruck." (RMRB, 15.8.84)

Den großen Empfang für die 6 Flugzeugentführer aus der Volksrepublik China in Taiwan verurteilte das Beijinger Ministerium für Öffentliche Sicherheit als "sträfliche Nachsicht" und "niedereres Verhalten", das die Sicherheit internationaler Reisender gefährde (Xinhua, 20.8.84, nach MD, 21.8.84). Die chinesischen Sicherheitsbehörden müssen nach der vorzeitigen Haftentlassung und der Ausreise der Luftpiraten nach Taiwan nun in der Tat befürchten, daß Flugzeugentführungen damit

wieder 'attraktiver' geworden sind. Im Jahre 1983 verliefen drei Flugzeugentführungen für die Luftpiraten erfolgreich, während über zwanzig von den chinesischen Sicherheitsbehörden vereitelt werden konnten (Angaben des Ministers für Öffentliche Sicherheit Liu Fuzhi nach FAZ, 24.5.84). -sch-

* (4)

Schlechte Beziehungen zwischen China und Laos

Das von etwa drei Millionen Menschen besiedelte Laos ist für drei Staaten von grundlegender strategischer Bedeutung: Vietnam braucht Laos als Verteidigungsglaci für seine hochempfindliche, langgestreckte Westflanke (man denke an die Bedeutung des durch Ostlaos verlaufenden Ho-Chi-Minh-Pfades während des 2. Indochina-Kriegs); die Sowjetunion betrachtet Laos als eine Art Hinterland für ihre neuen Marinebasen in Vietnam und Kambodscha und bedient sich vor allem der strategischen Hochebenen des Landes als Flugplatz und Raketenabschubbasis; für die VR China schließlich ist Laos, mit dem sie rund 500 km Grenze gemeinsam hat, ein Teil jenes südlichen Glacis, das unter allen Umständen von Großmächteinflüssen freigehalten werden muß, das aber nun leider seit 1975 immer mehr zum Aufmarschgebiet der Sowjetunion und damit zu einem Teil des von der Beijinger Führung perzipierten Einkreisungsringes geworden ist. Seit der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 hat China für Laos stets eine Neutralitätspolitik angestrebt und in diesem Bemühen fünf Phasen durchlaufen (Näheres SOAa, Juli 1984, S. 327). Nachdem die südostasiatische Volksrepublik dann freilich im Juli 1977 einen "Sonderbeziehungsvertrag" mit Vietnam unterzeichnet hatte, immer mehr ins sowjetische Lager einschwenkte und schließlich - im Anschluß an den chinesischen "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam - China auch offen zu attackieren begann, zog die Volksrepublik "andere Seiten auf". Hatte sie bisher Laos stets mit Entwicklungshilfe bedacht, wobei der Löwenanteil gratis gegeben wurde, so betreibt China heute eine Laos-Politik, die sich in der Propaganda Vientianes etwa folgendermaßen ausnimmt: Guerillaunterstützung, Ausbildung "Tausender von laotischen Exilanten und sog. Flüchtlingen zu Söldnern", "Auspielen von Südasiaten gegen Südasiaten" (Laos gegen Kambodscha und Vietnam), "psychologische Kriegsführung", Aufbau einer "Wirtschaftsblockade", "Abnagen laotischen Territoriums und Aufbau eines militärischen Drohpotentials entlang der laotischen Grenze (ebenda, S. 327 ff.). Vor allem in der Grenzfrage ist Laos besonders

empfindlich, da es hier seine liebe Not nicht nur mit China, sondern auch mit Birma und - seit März 1984 - auch wieder einmal mit Thailand hat: Im thailändisch-laotischen Grenzgebiet entlang dem Mekong geht es um drei Dörfer. Der Streit begann damit, daß thailändische Truppen beim Bau einer Straße durch diese Dörfer von laotischen Truppen angegriffen wurden, wobei Laos von der Vorstellung ausging, daß die drei Dörfer aufgrund der französisch-siamesischen Abkommen von 1904 und 1907 eindeutig zu Laos gehören - eine Behauptung, die von Thailand mit dem Argument bestritten wird, daß die Wasserscheide, die damals als Grenzlinie vereinbart wurde, inzwischen anders verlaufe als seinerzeit. Thailand benutze eine moderne Karte von 1978, Laos dagegen stütze sich auf das Kartenwerk von 1907, das längst veraltet sei und den heutigen tektonischen Gegebenheiten nicht mehr entspreche.

Inzwischen hat die Beijinger Volkszeitung zu dem Konflikt Stellung genommen: Thailand und Laos seien zwar sehr wohl bereit, sich friedlich auf die Grenzfrage zu einigen, doch habe ein "drittes Land" - nämlich Vietnam - Öl in die Flammen gegossen, um die Spannung zwischen beiden Nachbarländern weiter zu schüren und letztlich selbst davon zu profitieren (RMRB, 6.7.84). Obwohl Beijing seit einigen Jahren mit Thailand aufs engste zusammengearbeitet, hat es auch diesmal vermieden, Laos anzugreifen: Es hält Laos nicht für handlungsfähig und weist ihm deshalb auch keine Verantwortung für die neuerliche Spannung zu (zum chinesisch-laotischen Grenzstreit vgl. SOAa, a.a.O., S. 329 f.). -we-

* (5)

"Chinesische Gründe" für die Absetzung des Parteichefs der Mongolischen Volksrepublik ?

Am 23. August erklärte der im November 1958 zum Generalsekretär der Revolutionspartei des Mongolischen Volkes ernannte Tsendenbal seinen Rücktritt - aus gesundheitlichen Gründen, wie es hieß. Dies erfolgte auf dem außerordentlichen 8. Plenum des ZK, dessen Delegierte in diesem Zusammenhang dem Genossen ihre "tiefe Dankbarkeit" aussprachen (Radio Moskau in SWB, 24.8.84).

Über den Rücktritt ist viel gerätselt worden. Die Medien der VR China halten mit ihrer Meinung zurück und geben lediglich die offizielle mongolische Erklärung wieder (XNA, 24.8.84).

Deutlicher wird hier schon die der

VR China nahestehende, in Hongkong erscheinende Wen Wei Po (Ausgabe vom 24.8.84). Ihr Kommentar geht davon aus, daß Tsedenbal auf Anweisung Moskaus die Rechnung dafür habe bezahlen müssen, daß er eine schnelle "Erwärmung" des chinesisch-mongolischen Verhältnisses gefördert habe. Die Sowjetunion habe das "Hähnchen geschlachtet, um die Affen zu warnen". Von einer Krankheit könne bei dem kerngesunden Tsedenbal überhaupt keine Rede sein. Davon hätten sich zuletzt Beamte der schwedischen Botschaft im Juli 1984 überzeugen können.

In der Tat war es im Verlauf der letzten Monate zu einer substantiellen Verbesserung der Beziehungen zwischen Beijing und Ulan Bator gekommen, nachdem das beiderseitige Verhältnis anlässlich der Ausweisung von 1.764 chinesischen Staatsangehörigen zwischen dem 9. März und dem 1. Juni 1983 auf den Tiefpunkt gesunken war (dazu ausführlich C.a., Juni 1983, Ü 1).

Zwar hatte die mongolische Propaganda ihre rituellen Angriffe gegen China fortgesetzt - u.a. im Hinblick auf die chinesische Indochina-Politik (XNA, 17.7.84) und auf die chinesischen Forderungen nach Rückzug der vier sowjetischen Divisionen aus der MVR.

Davon abgesehen aber wußten beide Seiten über die gegenseitigen Beziehungen nur Positives zu berichten - dies fiel vor allem der bereits zitierten Wen Wei Po in ihrer Ausgabe vom 11. Oktober 1983 auf: Sie sprach von einer "zunehmend positiven Einstellung der MVR gegenüber China": Entgegen anderen Erwartungen hatte die Mongolei seit Mitte 1983 keinen einzigen Chinesen mehr ausgewiesen. Am 5. Juli sowohl i.J. 1983 als auch 1984 feierte China den 62. bzw. 63. Gründungstag der MVR (XNA, 5.7.83 und 1984). Tsedenbal trat bei der Tagung des ZK am 19. Juli 1970 offen für bessere Beziehungen zur VR China ein. Ursächlich für diesen Wandel war nicht zuletzt auch die Mithilfe Rumäniens, das auf dem Höhepunkt der mongolischen Ausweisungsaktionen zwischen Beijing und Ulan Bator vermittelt hatte. Im August 1983 erklärte der mongolische Außenminister, daß die MVR "nicht antichinesisch, wohl aber kritisch gegenüber der gegenwärtigen Außenpolitik der VR China" sei (Montsame in SWB, 24.8.83). Offensichtlich sah Tsedenbal im Zusammenhang mit den chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgesprächen auch eine Chance der MVR, von ihrer allzu einseitigen Bindung an die Sowjetunion loszukommen und wieder eine offenere China-Politik zu betreiben. So wenigstens könnten seine Ausführungen beim 7. Plenum des ZK

am 6. Dezember 1983 gedeutet werden (Montsame in SWB, 8.12.83).

Am 19. Juli besuchte ein hoher mongolischer Kader, nämlich der 1. stellvertretende Außenminister D. Yundon, die VR China und einigte sich dort mit seinem Amtskollegen Wu Xueqian auf eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen im Geiste der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" - und zwar sowohl im Bereich des kulturellen Austausches, des Handels und der Technik als auch des Grenzhandels.

Vom 5. bis 12. Juli fand in Beijing die 4. Sitzung der "Gemeinsamen Grenzinspektionskommission" beider Staaten statt, die mit der Unterzeichnung eines Schlußdokuments über erzielte Einigkeit und mit der Vorlage einer Grenzkarte abschloß (XNA, 13.7.84). Yundon und Wu wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es an der gemeinsamen 4.000 km langen Grenze in letzter Zeit friedlich geblieben sei.

Im Februar 1984 hatte die Mongolisch-Chinesische Freundschaftsvereinigung einen neuen Vorsitzenden bekommen (Montsame in SWB, 15.2.84).

Mag sein, daß dieser Kurs den Sowjets ein Ärgernis war und ihren Entschluß zu einer Absetzung Tsedenbals bestimmt/mitbestimmt hat. -we-

* (6)

Militärische Auseinandersetzungen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze

Noch zu Beginn des Jahres 1984 schien es, als bahnten sich zwischen beiden Nachbarn friedlichere Beziehungen an. Vietnam schlug, wie jedes Jahr, eine Feuerpause anlässlich des Mondneujahrsfests vor, das von den Chinesen in der gewohnt rituellen Form abgewiesen wurde. Ausländische Beobachter sprachen sogar von "Geheimkontakten" zwischen beiden Regierungen. Kein geringerer als Ministerpräsident Zhao Ziyang sah sich am Ende veranlaßt, solche Spekulationen offiziell zu dementieren. Die Chinesen widersprachen auch einer Aussage des vietnamesischen Außenministers, daß er mit seinem chinesischen Amtskollegen am Rande der UNO-Vollversammlung herzliche Gespräche geführt und sich mit ihm sogar umarmt habe. Nguyen Co Thach sprach von seinem Kollegen als einem "Genossen".

Die Lage änderte sich jedoch schlagartig Anfang April. Seit dieser Zeit ist kein Tag vergangen, ohne daß es nicht zu gegenseitigen Artillerieüberfällen und zu Grenzübergriffen gekommen wäre.

Die gegenseitigen Beschuldigungen gleichen sich - unter umgekehrten Vorzeichen - fast aufs Wort: Der andere habe angegriffen und man habe sich verteidigen bzw. einen "Gegenangriff" starten müssen (XNA, 4.8.84). Der andere werde von einer Supermacht unterstützt (China von den USA bzw. Vietnam von der Sowjetunion); niemand wolle doch den Krieg und man brauche den Frieden für den Aufbau des Sozialismus, doch man werde vom Gegner in diesen guten Absichten gestört etc. Beide Seiten treiben beim Gegner auch jeweils Motivforschung. China wirft den Vietnamesen vor, sie benutzten den Krieg für außen- und innenpolitische Zwecke: Außenpolitisch gehe es ihnen erstens um eine Ablenkung der Weltöffentlichkeit von der Besatzungspolitik in Kambodscha, zweitens darum, einen Keil zwischen China und die Sowjetunion zu treiben, die gegenwärtig über eine "Normalisierung" ihrer Beziehungen verhandeln (BRU 1984, Nr. 32, S. 12 f.). Innenpolitisch dienten "der Aggressionskrieg gegen Kambodscha und die Serie von Anti-China-Kampagnen sowie der antichinesischen Militäraktionen" als eine Art Ventil, um die Aufmerksamkeit der eigenen Bevölkerung von der Misere zu Hause abzulenken und gleichzeitig China für die von der "Le-Duan-Clique" verschuldeten Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. Bezeichnenderweise arbeite Vietnam gerne mit dem Argument, daß China der vietnamesischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt habe (XNA, 16.7.84).

Vietnam umgekehrt unterstellt den Chinesen schlichtweg "Expansionismus". Die Strategen Beijings planten eine dreifache Zangenbewegung gegen Vietnam, und zwar an der thailändisch-laotischen Grenze, am "Östlichen Meer" (gemeint ist das Südchinesische Meer) und vor allem an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, wo sich die chinesischen Hauptverbände konzentriert hätten. Vor allem an der Hauptfrontlinie versuche China, Vietnam zunächst zu schwächen und schließlich zu annektieren, gleichzeitig aber auch die internationale öffentliche Meinung, vor allem die der ASEAN-Länder, abzulenken und die Welt glauben zu machen, es handle sich lediglich um einen "Grenzkonflikt". Mit Hinweisen dieser Art solle der Plan einer Expansion nach Südostasien überhaupt bemäntelt werden (Radio Hanoi in SWB, 6.8.84).

Insgesamt teilt Vietnam mit China eine 1.460 km lange gemeinsame Grenze - davon 1.200 km auf dem Festland. Entlang der gemeinsamen Festlandsgrenze liegen zwei chinesische Provinzen (Yunnan und Autonome Region Guangxi) und sechs

vietnamesische Provinzen, nämlich - von Ost nach West - Quang Ninh, Lang Son, Cao Bang, Ha Tuyen, Hoang Lien Son und Lai Chau. Alle sechs Provinzen sind nach vietnamesischer Behauptung von den Chinesen seit dem "heißen" Monat April 1984 in der einen oder anderen Form überfallen worden. Seit 1979 sei die "Bestrafung" Vietnams zu einer Routineprozedur geworden. Wann immer an der kambodschanisch-thailändischen Grenze "vietnamesische Freiwillige und kampucheanische Truppen gegen die Reste jener Pol-Pot-Armee vorgehen, die aus ihren Verstecken in Thailand hervorkommen, um das friedliche Leben des kampucheanischen Volkes zu stören, so gebärden sich die Beijinger Führer, als wären sie selbst provoziert und ihr eigenes Territorium angegriffen worden" (Vietnam Courier 1984, Nr.5, S.5).

So auch in diesem Jahr: Nachdem es in Westkambodscha zu Zusammenstößen gekommen war, griff ein chinesisches Infanterieregiment am 6. April die beiden Hügel 820 und 636 in der Provinz Lang Son an, um von diesen rund 300 m voneinander entfernten strategischen Anhöhen aus die naheliegende Reichsstraße Nr.4 unter Kontrolle zu bringen, die entlang der Grenze verläuft. Der Angriff sei durch einen Artillerieüberfall eingeleitet und dann durch chinesische Angriffswellen fortgesetzt - am Schluß aber zurückgeschlagen worden (ebenda).

Seitdem ist es an der Grenze nicht mehr zur Ruhe gekommen: Im Mai, im Juni und im Juli erfolgten Angriffe und Gegenangriffe. Bereits Ende Mai will Vietnam nicht weniger als 5.500 chinesische Soldaten getötet oder gefangengenommen haben (VNA in SWB, 6.6.84). Umgekehrt meldete China bis Mitte Juni sechs Angriffe vietnamesischer Streitkräfte gegen chinesisches Territorium, die allesamt blutig abgewiesen worden seien - vor allem an der Grenze im Ostteil der Provinz Yunnan gegenüber Lai Chau (chin. Kommuniqués: z.B. XNA, 1. und 13.6.84; vietnames.: z.B. VNA in SWB, 9.6.84).

Die Zahlen sind wahrscheinlich beiderseits übertrieben; außerdem wird die Heftigkeit der Zusammenstöße von ausländischen Beobachtern im allgemeinen bei weitem überschätzt. Scharmützel entlang der beiderseitigen Grenze gehören zum chinesisches-vietnamesischen Alltag. Aufgrund eines Kommuniqués der "Kommission für die Erforschung der Kriegsverbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten gegen Vietnam" vom 24. Februar 1984 haben "in den letzten fünf Jahren chinesische Flugzeuge 2.000mal den vietnamesischen Luftraum verletzt und sind

rund 1.500 chinesische Kommandos auf vietnamesisches Territorium vorgedrungen. Außerdem fanden über 12.000 Flugzeugeinsätze nahe der vietnamesischen Grenze in den Jahren 1982 und 1983 statt. China hat darüber hinaus nahezu 7.500 bewaffnete Provokationen gegen verschiedene Regionen vorgetragen... u.a. in Form von Artillerieüberfällen... Die Chinesen griffen bei manchen Einsätzen in Bataillons- oder sogar Regimentsstärke an. Erste Statistiken zeigen, daß in den letzten fünf Jahren rund 1.000 Personen getötet oder verletzt... wurden... In den letzten fünf Jahren verletzten chinesische Schiffe tagtäglich durchschnittlich rund 100mal vietnamesische Territorialgewässer und eröffneten manchmal auch das Feuer auf vietnamesische Schiffe. Immer wieder auch bedroht China Vietnam mit Krieg..." (VNA in SWB, 27.2.84)

Da die chinesische Seite fast parallel dazu ähnliche Beschuldigungen vorträgt, liegt der Schluß nahe, daß es in den vergangenen fünf Jahren, also seit dem Grenzkrieg vom Februar/März 1979, zu beiderseits insgesamt rund 3.000 Luftraum- und ebensovielen Seeraumverletzungen sowie zu etwa 10.000 Gefechtsberührungen gekommen ist, denen insgesamt etwa 1.500 Menschen zum Opfer gefallen sein müßten - immer unter der Voraussetzung, daß die von der Propaganda herausgebrachten Zahlen richtig sind! Statistisch gesehen kam es also zwischen Februar 1979 und Februar 1984 zu täglich zu 5,4 Gefechtsberührungen und 1,6 Luftraumverletzungen.

Beide Seiten sprechen von permanenten Siegen - die Niederlagen werden immer vom anderen erlitten!

Gemessen an solchen Durchschnittswerten fallen die Zusammenstöße seit April 1984 weniger stark ins Gewicht, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Beide Seiten sparen auch nicht mit symbolischen Gesten: Die Chinesen beispielsweise ließen das nach China geflohene frühere Politbüromitglied Hoang Van Hoan einen Besuch in Kunming, der Hauptstadt der Grenzprovinz Yunnan, abstaten (Radio Kunming in SWB, 16.7.84). Die Vietnamesen auf der anderen Seite verurteilten eine Reihe von "chinesischen Spionen", wobei durchwegs vietnamesische Auslandschinesen oder aber angeblich an der Grenze gefaßte "Eindringlinge" vor Gericht gestellt wurden (Radio Hanoi in SWB, 6.6.84). Die Chinesen reagierten, indem sie ihrerseits vor Gericht "vietnamesische Spione" verurteilten (Radio Nan-ning in SWB, 22.8.84).

Vietnam behauptet, daß die "chinesischen hegemonistischen Expansionisten, die in der Maskerade von Kommunisten auftreten", inzwischen sechs reguläre Armeekorps der Kunming- und Guangzhou-Militärregionen und außerdem neun reguläre Divisionen der Provinz-militärdistrikte Guangdong und Yunnan gegen Vietnam mobilisiert hätten (Radio Hanoi in SWB, 3.7.84).

Zu einem neuen 1979 dürfte es jedoch kaum kommen: Zum einen war der chinesische "Gegenangriff zur Verteidigung" damals nicht gerade besonders erfolgreich, zum andern hat Hanoi inzwischen zwölf reguläre Divisionen in Grenznähe stationiert, die von weiteren sieben Divisionen in Abständen zwischen 25 und 40 km von der Grenze unterstützt werden; außerdem stehen weitere vier Divisionen an Reservetruppen zur Verfügung; ferner hat sich das gewaltige Gebirgsge-lände an der vietnamesischen Nordgrenze als ideale Verteidigungshilfe für die Vietnamesen erwiesen; des weiteren dürfte Deng Xiaoping kaum ein zweites Mal das Placet für ein neues 1979 vom Politbüro bekommen, und nicht zuletzt ist die Volksrepublik inzwischen zu ihrer alten Strategie zurückgekehrt, Südostasien gegen Südostasien auszuspielen, d.h., nicht mehr mit eigenen Truppen anzugreifen - man beachte die chinesische DK- und Thailand-Politik! -we-

Außenpolitik allgemein

*

*

*(7)

Langfristige Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus

Der stellvertretende Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften, Huan Xiang (74), widersprach in einem Vortrag in Wuhan am 7. Juni 1984 der lange Zeit auch in China einhellig vertretenen Auffassung, daß "der Imperialismus (in absehbarer Zeit; Anm. d. Verf.) untergehen und der Sozialismus vollständig siegen wird" (nach Zheng-ming, September 1984, S.50). Die marxistisch-leninistische Lehre vom Absterben des Kapitalismus fußt auf der Imperialismus-Theorie Lenins, der den Kapitalismus bereits Anfang des Jahrhunderts im Sterben begriffen wählte. Huan Xiang schränkte zwar ein, daß der Sozialismus den Kapitalismus langfristig mit Sicherheit ablösen werde, doch in den nächsten 50 oder mehr Jahren würden Kapitalismus und Sozialismus noch nebeneinander bestehen, denn "das kapitalistische System besitzt noch die Möglichkeit der Selbstregulierung

und verfügt noch über erhebliche Lebenskraft" (ebenda). Der Einfluß der "kapitalistischen Weltwirtschaft" auf China sei sogar "sehr groß", konstatierte Huan Xiang ketzerisch, doch realistisch.

Huan Xiang widersprach auch entschieden der Theorie von den zwei gleichgestellten Märkten, dem sozialistischen und dem kapitalistischen Markt - eine Theorie, die der Abschottung Chinas von der Außenwelt gedient habe. Huan forderte, die Realitäten anzuerkennen und die Zwei-Märkte-Theorie über Bord zu werfen: "Im Weltmaßstab gesehen gibt es nur einen einheitlichen Markt und auf diesem einheitlichen Markt hat natürlich der Kapitalismus die Übermacht bzw. ist der Imperialismus überlegen. Gegenwärtig müssen wir nach wie vor konstatieren, daß wir immer noch ein Teil dieses einheitlichen Marktes sind, weil wir ihn nicht verlassen können - aber natürlich kann er auf uns auch nicht verzichten." (ebenda)

Huan Xiang forderte außerdem, "die zahlreichen für uns nützlichen Dinge der kapitalistischen Wirtschaft zu studieren", darunter "sogar bestimmte Wirtschaftsplanungs-methoden". Huan nannte als Beispiel die internationalen Großkonzerne, die derart viele Niederlassungen, Tochterunternehmen und Organe hätten, daß sie ohne eine bestimmte Wirtschaftsplanung nicht auskämen. Die Planung der Multis sei weder ausschließlich dirigistisch, noch habe sie nur indikativen Charakter - sie sei vielmehr recht praxisbezogen. Die Planungsmethoden der multinationalen Konzerne seien es deshalb wert, daß man sie näher untersuchte. -sch-

*(8)

"Großes Dreieck" bestimmt die künftige internationale Entwicklung

Der stellvertretende Präsident der Akademie der Sozialwissenschaften und stellvertretende Vorsitzende der NVK-Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Huan Xiang, der zu den wichtigsten außenpolitischen Beratern der chinesischen Regierung zählt, ging in einem Vortrag am 7. Juni 1984 in Wuhan u.a. auf die künftigen Beziehungen Chinas zu den USA und zur Sowjetunion ein. Auszüge dieser Rede druckte die Hongkonger Zeitschrift Zhengming in ihrer September-Ausgabe ab (S.49-50). Huan Xiang erklärte, daß die Beziehungen zwischen China, den USA und der Sowjetunion ("Großes Dreieck") in Zukunft die Entwicklung der internationalen Lage "für eine ziemlich lange Zeit" im wesentlichen bestimmen würden (ebenda, S.49).

Die Beziehungen zu den USA seien nach wie vor nicht die besten, betonte Huan, denn die USA würden immer noch an dem sogenannten "Taiwan Relations Act" festhalten. Auch in der Frage der Waffenlieferungen an Taiwan halte sich Washington nicht an die Vereinbarungen. Im letzten Jahr hätten die USA den Wert ihrer Waffen- und Munitionsverkäufe nur um 20 Mio.US\$ verringert. Wenn die Amerikaner ihre Waffenlieferungen an Taiwan pro Jahr nur derart geringfügig verringern würden, müsse man noch 80 Jahre warten, bis die USA nichts mehr lieferten, beklagte Huan Xiang. Außerdem seien die Amerikaner nur zu einem begrenzten Technologietransfer in die VR China bereit. Die wirklich bedeutenden Technologien könne man von Washington jedoch nicht erhalten - selbst die chinesischen Auslandsstudenten in den USA dürften nicht alles studieren. "In dieser Situation kann es in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen keine sehr großen Fortschritte geben", resümierte der eher pro-westlich orientierte Huan Xiang.

Zu den Beziehungen mit der Sowjetunion äußerte Huan zunächst Verständnis für die Absage des Besuches des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Archipow im Mai dieses Jahres. Archipow habe als früherer sowjetischer Chefberater in China derart viele Freunde in der chinesischen Führung, daß etwas mehr Zeit für die Vorbereitung des Besuches notwendig sei - ein Argument, das wenig einleuchtend erscheint (vgl. C.a., Mai 1984, Ü 5). Huan Xiang beklagte jedoch, daß die Sowjetunion die antichinesische Politik Vietnams unterstütze. Die UdSSR unterstütze Vietnam nicht, weil sie die Vietnamesen ins Herz geschlossen habe, sondern weil die Sowjetunion die vietnamesischen Militärstützpunkte Cam Ranh, Danang u.a. dringend für ihre militärstrategischen Ziele in Asien und im Pazifik benötige. Huan Xiang führte die sowjetische Unterstützung für Vietnams Hegemonialpolitik auf der indochinesischen Halbinsel als einziges der "drei Hindernisse" in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen näher aus und bestätigte damit indirekt, daß China darin das Haupthindernis für eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen sieht. Allerdings fügte Huan hinzu, daß es ohne die Beseitigung aller "drei Hindernisse" zu keiner grundlegenden Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses kommen könne. Diese "drei Hindernisse" sind

- die sowjetische Unterstützung für Vietnams Hegemonialpolitik auf der indochinesischen Halbin-

sel,
- die sowjetische Truppen- und Waffenkonzentration an der chinesisch-sowjetischen und an der chinesisch-mongolischen Grenze und die
- sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan.
Huan Xiang betonte Chinas "aufrichtigen" Willen zu einer Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion. Allerdings, so fügte Huan hinzu, habe es China nicht eilig, solange die UdSSR die "drei Hindernisse" nicht beseitige. China werde Geduld haben, und es könne sich auch leisten, länger zu warten. (ebenda, S.49) -sch-

Verteidigung

*

*

* * * * *

*(9)

Strategische Raketeneinheit

Nach Aussagen des assistierenden Generalstabschef Han Huaizhi vom 12. Juni 1984 hat die VBA inzwischen einen "strategischen Raketenflügel" aufgestellt, womit eine weitere Ausdifferenzierung der 1927 gegründeten VBA erreicht worden sei. Bis 1949 war die VBA identisch mit dem damaligen Landheer. Nach Gründung der Volksrepublik wurde dann eine Luftwaffe, eine Marine und schließlich auch ein "2. Artilleriekorps" gegründet, womit dem technologischen Fortschritt organisatorisch Rechnung getragen wurde (XNA, 13.6.84).

Es wird aus den Meldungen nicht deutlich, ob die neue Einheit für strategische Raketen nun das bisherige 2. Artilleriekorps ersetzt hat, oder ob es sich hier um eine selbständige Organisation handelt. Eher ist die erstere Alternative anzunehmen, da sich sonst bald Überschneidungsschwierigkeiten ergeben.

Han weist in diesem Zusammenhang auf die "drei großen Änderungen" in der Militärausbildung hin, nämlich die Verschiebung von der Soldaten- auf die Offiziersausbildung, von der Infanterie zur mechanisierten mobilen Kriegsführung und vom Gefecht einzelner Einheiten auf "kombinierte Manöver".

Neben der Einheit für strategische Waffen gibt es auch noch weitere Raketen-Gruppierungen, so z.B. SAM-Regimenter innerhalb der Luftwaffe (XNA, 24.1.83). (Einzelheiten zur chinesischen Raketenentwicklung in C.a., März 1984, S.154 f.) -we-